

Eschweiler Nachrichten/Zeitung vom 18.06.2016

KURZ NOTIERT

Haushalt 2015: Defizit von 1,778 Millionen Euro

Städteregion. Das Defizit im städteregionalen Haushalt ist 2015 geringer ausgefallen als erwartet. Das Zahlenwerk, das dem Städteregionstag am 30. Juni vorgelegt wird, weist ein Minus von 1,778 Millionen Euro aus. Es soll durch einen Rückgriff auf die Allgemeine Rücklage ausgeglichen werden, eine Sonderumlage für die regionsangehörigen Kommunen wird es nicht geben. Das könnte im nächsten Jahr anders sein, wenn es um den Abschluss 2016 geht. Städteregionsrat Helmut Etschenberg und Finanzdezernent Axel Hartmann schließen einen solchen Schritt angesichts einer drohenden Unterdeckung von 12,8 Millionen Euro nicht aus. Der Aufforderung der SPD, dem Städteregionstag eine Vorlage mit möglichen Konsequenzen zu präsentieren, wollen sie aber nicht folgen. „Wir reden über den Bericht des ersten Quartals. In der Vergangenheit war die Prognose zu diesem Zeitpunkt oft negativer als später die tatsächliche Lage“, so Etschenberg. (gro)

Im Haushalt tut sich ein enormes Defizit auf

Städteregion rechnet für 2016 mit einem Minus von 12,8 Millionen Euro. Vor allem der Anspruch der Stadt Aachen schlägt zu Buche. Planung schwierig.

VON MICHAEL GROBUSCH

Städteregion. Im Haushalt der Städteregion tut sich in diesem Jahr ein mächtiges Loch auf. Rund 12,8 Millionen Euro werden der Verwaltung nach einer aktuellen Hochrechnung am Ende fehlen. Damit muss die Städteregion einmal mehr an ihre Reserven gehen. Da die Ausgleichsrücklage von einstmalig 57 Millionen Euro bereits 2014 aufgebraucht worden war, bleibt nur noch die sogenannte allgemeine Rücklage. Und auch die schwindet zusehends wegen immer neuer Belastungen, die durch den Rückgriff auf das Eigenkapital ausgeglichen werden müssen – im aktuellen Fall auf voraussichtlich 69,8 Millionen Euro.

Mit rund 2,2 Millionen Euro schlagen Mehraufwendungen beim Personal zu Buche. Für insgesamt zwölf Abteilungen beziehungsweise Bereiche hat die Politik Entscheidungen getroffen, die Auswirkungen auf den Haushalt 2016 haben. Darüber hinaus hat der Städteregionstag am 17. März eine Erhöhung des Personalkostenansatzes beschlossen, bei dem nunmehr von einer zwei- statt einer einprozentigen Steigerung ausgegangen wird.

Satte 3,8 Millionen Euro höher als erwartet fällt derweil die Landschaftsverbandsumlage aus, die die Städteregion zu bezahlen hat, 5,5 Millionen Euro fließen zudem außerplanmäßig in Personalrückstellungen, unter anderem für Pen-

sionen, Beihilfen, Urlaub und Überstunden. Und dann ist da noch die RWE-Dividende, die der Konzern kurzerhand gestrichen hat. 530 000 Euro sollte sie im laufenden Jahr in die Kasse spülen.

„Bisher haben wir immer sehr gut kalkuliert. Und das ist eigentlich auch diesmal der Fall“, stellt Egon Metten fest. Das mag auf den ersten Blick erstaunen, doch der städteregionale Kämmerer ver-

„Uns wäre allen sehr geholfen, wenn man die Umlagen abschaffen und die Steuereinnahmen so verteilen würde, dass jeder vernünftig wirtschaften kann.“

EGON METTEN, KÄMMERER DER STÄDTEREGION

weist darauf, dass es in dem komplizierten Zusammenspiel von schwankenden Einnahmen – etwa aus der Regionsumlage der Kommunen und den Schlüsselzuweisungen von Bund und Land – und nicht minder un stetigen Ausgaben – beispielsweise bei den Sozialleistungen und der erwähnten Umlage an den Landschaftsverband – bis dato immer einen gewissen Ausgleich gegeben habe.

Das sei auch in diesem Jahr der Fall, erklärt Metten und nennt vor allem die Regionsumlage, die um gut zehn Millionen Euro höher ausfällt als im Haushalt angesetzt und die Mehrausgaben zu großen Teilen auffängt. „Aber in



Für die Städteregion steht frühzeitig fest, dass die Einnahmen nicht ausreichen werden, um das Jahr 2016 mit einem ausgeglichenen Haushalt abschließen zu können. Foto: Archiv

einem Punkt sind wir noch nie so weit von unseren Schätzungen abgewichen“, räumt Metten ein: Die Ausgleichszahlungen zwischen Stadt Aachen und Städteregion fallen gänzlich anders aus als vorhergesagt. Statt der erwarteten vier Millionen Euro, die die Stadt Aachen an die Städteregion überweisen muss, geht der Kämmerer mittlerweile von einem Aachener Erstattungsanspruch aus. Und der wird nach derzeitigem Stand mit 12,4 Millionen Euro erheblich sein. Für den Kämmerer bedeutet das ein Minus von 16,4 Millionen Euro, resultierend aus den fehlenden Einnahmen und den zusätzlichen Ausgaben. „Und das können wir im laufenden Haushalt nicht kompensieren.“

Zwei wesentliche Gründe gibt es nach Aussage von Thomas Claßen, Arbeitsgruppenleiter im Bereich Haushaltsangelegenheiten, für

diese Entwicklung: „Die Stadt zahlt gegenüber den Vorjahren eine höhere Regionsumlage, was wir 2014 bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes noch nicht wissen konnten. Und die Sozialleistungen entwickeln sich deutlich positiver als bei den Planungen für 2015/16 angenommen.“ Vom Anspruch auf eine zusätzliche Ausgleichszahlung ist die Städteregion deshalb weit entfernt: Für die von der Stadt Aachen übertragene Leistungen stellt sie in diesem Jahr voraussichtlich 107,7 Millionen Euro in Rechnung, die Stadt zahlt aber über die Regionsumlage sowie Anteile ihrer Schul- und Investitionspauschalen 120,1 Millionen Euro und kann somit 12,4 Millionen Euro zurückfordern.

Und wie wird es im nächsten Jahr aussehen? „Das können wir zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht richtig einschätzen“, meint

Egon Metten. Allein im Sozialbereich werde sich die Gesetzgebung zum 1. Januar in fünf Gebieten ändern, zudem seien Schlüsselzuweisungen- und Umlageentwicklungen noch nicht absehbar. So wird die Kämmererei denn auch mit einem „starken Grummeln im Magen“ einen ersten Entwurf für den Haushalt 2017 erstellen und bei der Bürgermeisterkonferenz am 26. August vorlegen.

Mit der Verabschiedung des Zahlenwerkes rechnet Metten für die letzte Sitzung des Städteregionstages in diesem Jahr am 8. Dezember. Aber er weiß schon jetzt, dass sich bis dahin die Rahmenbedingungen nicht so geändert haben werden, wie er es fordert: „Uns wäre allen sehr geholfen, wenn man die Umlagen abschaffen und die Steuereinnahmen so verteilen würde, dass jeder vernünftig wirtschaften kann.“

Städteregion zahlt Aachen Millionen

Die Kaiserstadt hat zu viel an die Zollernstraße überwiesen. Von 20 Millionen ist die Rede. Dieses Geld hat die Stadt bitter nötig.

VON STEPHAN MOHNE

Städteregion. Die Stadt Aachen ist vorerst um Haaresbreite an einer Haushaltssperre und allen ihren Folgen wie Ausgabenstopp, Projektverzögerungen und so weiter vorbeigeschrammt. Das bestätigte Kämmerin Annekathrin Grehling gestern auf Anfrage unserer Zeitung. Die Stadt muss nämlich in Bezug auf mehrere erhebliche Gewerbesteuerrückzahlungen an ein Aachener Unternehmen nun auch die Zinsen für das einst an die Stadt überwiesene Geld berappen. Zunächst geht das zurück bis zum Jahr 2006, was bereits sechs Millionen Euro ausmacht. Im schlechtesten Fall müssen jedoch Zinsen ab dem Jahr 2000 bezahlt werden, also nochmals eine Millionen-summe. Dazu läuft noch ein Gerichtsverfahren. Schon die jetzige Rückzahlung hätte den auf Kante genähten Etat 2016 in den Abgrund gezogen. Die Kämmerin stand bereits kurz vor der Entscheidung zur Haushaltssperre.

„Dass wir etwas zurückbekommen, überrascht mich nicht. Die mögliche Höhe schon.“

ANNEKATHRIN GREHLING,
KÄMMERIN VON AACHEN

Doch wenn man denkt, es geht nicht mehr, kommt tatsächlich manchmal von irgendwo das sprichwörtliche Lichtlein her. So ist es diesmal passiert. Denn die Stadt erwartet ein unerwartet hoher Geldsegen, der sozusagen von der Zollernstraße aus Richtung Rathaus überwiesen wird. Offenbar hat die Stadt nämlich insbesondere 2015 viel zu viel für die Leistungen – so etwa im Sozialamtsbereich – bezahlt, die sie bei der Städteregion „einkauft“. Entsprechend den ab 2012 vereinbarten Zusatzregelungen zum „Städteregionsgesetz“ bekommt sie dieses zu viel



Verwaltung der Städteregion Aachen an der Zollernstraße: Aachen soll vor allem im Bereich des Sozialamts zu viel Geld an die Städteregion überwiesen haben. Entsprechend der Neuregelungen des Städteregionsgesetzes 2012 muss dieses Geld nun zurückgezahlt werden. Foto: Harald Krömer

gezahlte Geld nun zurück. Nach Informationen unserer Zeitung soll es um bis zu 20 Millionen Euro gehen.

Eine konkrete Zahl kann Greh-

ling derzeit nicht nennen: „Ich habe noch nichts schriftlich vorliegen“, sagt sie. Jedoch erwartet auch sie, dass es in den zweistelligen Millionenbereich geht und erklärt: „Dass wir etwas zurückbekommen, überrascht mich nicht. Die mögliche Höhe schon.“

Abziehen muss man von der Summe am Ende 4,93 Millionen Euro, die Grehling ohnehin schon in Erwartung einer Rückzahlung in den Etat eingepplant hatte.

Was obendrauf kommt, dient jetzt als Rettungsanker in Bezug auf die Gewerbesteuerrückzahlung und die zugehörigen Zinsen. Ohnehin warnt die Kämmerin vor Begehrlichkeiten in Bezug auf das Geld von der Städteregion. Diese Rückzahlung gebe es nicht dauernd, vielmehr habe man umgekehrt der Städteregion in einem Jahr auch mal über sieben Millionen Euro zusätzlich überwiesen müssen.

Planung kaum möglich

Bitter ist mit Blick auf die Gewerbesteuergeschichte, dass solche Dinge eine seriöse Haushaltspla-

nung eigentlich unmöglich machen. Das hat in einem ähnlichen, in Relation zur Größe der Städte noch krasserem Fall Alsdorf schon erfahren müssen. Dort musste die Stadt Alsdorf binnen kürzester Zeit größere Millionsummen an das Unternehmen Cinram zurückzahlen.

Auch in Aachen tritt der unglaubliche Fall ein, dass teils über Jahrzehnte zurückreichende Prüfungen der Finanzbehörden nebst anschließenden jahrelangen Gerichtsverfahren eng kalkulierte kommunale Haushalte mit einem Ruck über den Haufen werfen können.

